

Wild umstrittenes Frauenpensionsalter

Regierung fürchtet Verunsicherung und wehrt ab – Experten wollen Herabsetzung

Das ist das Thema, das das Sozialstaats-Volksbegehren brandaktuell macht: die heftige Pensionsdebatte. Von Bundeskanzler und Sozialminister abwärts beteuert die Regierung, das Frauenpensionsalter nicht anzutasten. Die gelehrten ÖsterreicherInnen bleiben dennoch skeptisch. Und die Opposition schürt das Feuer. Die letzte Frauenministerin der SPÖ, Barbara Prammer, kennt das Spiel: „Erst werden Experten vorgeschickt, die Regierung dementiert, und am Ende kommt die Verschlechterung.“

Erst ab 2019. Kein Wunder, dass sich das Thema seit Tagen in den Schlagzeilen hält. Österreichs erste Frauenministerin Johanna Dohnal weiß, warum sie so vehement darum kämpfte, das ungleiche Pensionsantrittsalter ab 1993 in den Verfassungsrang zu heben: „Damals schon wollte es die ÖVP, und zwar ohne Begleitmaßnahmen, innerhalb von fünf Jahren anheben.“ Die Angleichung der Altersgrenze darf demnach in Österreich erst ab 1. Jänner 2019 in Halbjahresschritten bis zum Jahr 2033 erfolgen.

Der kleine Unterschied. Unfair, rufen viele Männer. Tatsächlich sind die Unterschiede so groß nicht: Weil Frauen ihre Erwerbstätigkeit viel öfter unterbrechen als Männer – weil sie bei den Kindern zuhause bleiben, weil sie ihre Ehemänner als Haushälterinnen versorgen, weil sie hilfsbedürftige Angehörige pflegen –, fehlen ihnen am Ende der Berufszeit oft noch Versicherungszeiten. Real gingen im Jahr 2000 die Männer im Durchschnitt mit 58,4 Jahren, die Frauen mit 56,7 Jahren in Pension. Dieses Alter ist im Europavergleich sehr niedrig: Kaum irgendwo sind so wenige Menschen über 60 im Beruf.

Tatsächlich haben Frauen eine höhere Lebenserwartung und „genießen“ damit ihren Ru-



EIN PRIVILEG? Frauen dürfen früher in Pension. Da ihnen jedoch die Versicherungszeiten fehlen, gehen sie real nur um gut ein Jahr früher in Pension.

hestand länger. Aber unter welchen Bedingungen? Die Eigenpensionen der Frauen erreichen, übrigens inklusive der Kinderzeiten, nur 47 Prozent der Männerpensionen. Jede zweite Alterspension von Frauen liegt unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz, der als Armutsschwelle gilt.

Pensionsplitting oder Konto?

Die Rezepte der Parteien: ÖVP und FPÖ regen immer wieder ein „Pensionsplitting“ an, dass also die Pension auf die Ehepartner aufgeteilt wird. Davon können aber oft beide nicht leben. Die Grünen setzen auf die Grundsicherung. Und die SPÖ wünscht ein „Pensionskonto“ für jede Person. Wer erwerbstätig ist, zahlt ein. Wer etwa arbeitslos ist, für den springt der Staat ein. Und wer keine Kinder hat, aber sich für (vielleicht vorübergehende) Nichterwerbstätigkeit entscheidet, de-

ren oder dessen Partner muss die Pensionsbeiträge einzahlen.

Experten drängen. Während derzeit also alle Parteien das Frauenpensionsalter gleich lassen wollen, warnen Pensionsexperten. Theodor Tomandl, der Leiter der Pensionsreformkommission, meint, das österreichische Modell würde vor dem Europäischen Gerichtshof nicht halten. Der deutsche Pensionsexperte Bert Rürup befindet gar, die Pensionsangleichung müsste 2010 bereits „über die Bühne“ sein. Jedoch verlangen sowohl Rürup als auch Sozialforscher Bernd Marin flankierende Maßnahmen zu einer Anhebung: von Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum Recht auf Teilzeit. Marin hält einen „umfassenden Nachteilsausgleich“ für Frauen für notwendig – samt Verdoppelung der Frauenpensionen.

Der Politikwissenschaftler und

Volksbegehrens-Mitinitiator Emerich Talos drängt auf eine Grundpension. Nur sie könnte der Armutsgefährdung von Frauen im Alter und ihrer materiellen Abhängigkeit vom Partner entgegenwirken.

T. PRAGER ■



Pensionsalter sanft angleichen – aber mit umfassendem Nachteilsausgleich.



Sehe weder eine politische Mehrheit noch eine Notwendigkeit, das zu ändern.



Die Angleichung der Pensionsalter müsste 2010 bereits über die Bühne sein.